

***Bürgerinitiative für Alternativen zum Flugplatz
Magdeburg – Süd e.V.***
Mitglied der Bundesvereinigung gegen Fluglärm e.V.

An die Mitglieder des
Stadtrates der Stadt Magdeburg

Magdeburg, 15.03.2021

Stellungnahme unserer Bürgerinitiative zum "Lärmschutzantrag Verkehrslandeplatz"

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Interessenvertreter der im Umfeld des Flugplatzes wohnenden Bevölkerung begrüßen wir die Beschlussvorlage zum Lärmschutz am Verkehrslandeplatz Magdeburg.

In der Beschlussvorlage "Lärmschutz am Verkehrslandeplatz" geht es natürlich neben dem Lärmschutz für die Bevölkerung auch um den Einfluss auf die Umwelt und Natur.

Als Mitglieder des Stadtrates haben sie eine besondere Verantwortung. Deshalb möchten wir – die wir uns als Vertreter der unmittelbar Betroffenen in Sachen Umweltbelastung durch die Flugverkehre am Flugplatz Magdeburg sehen - bitten, diesen Aspekte in Ihre Entscheidung mit einfließen zu lassen.

Wir möchten am Ende dieses Schreibens auch kurz auf die Argumente eingehen, die die Ausschussmitglieder in den damit zuvor beratenden Ausschüssen vorgetragen und wir als absolut nicht stichhaltig oder für falsch halten

Ebenso, wie das Coronavirus uns zu drastischen Maßnahmen zwingt, zwingt uns die menschengemachte Klimaerwärmung zu Maßnahmen, die langfristig die Umsetzung der Klimaziele gewährleisten. Ansonsten werden die Menschen und Natur in einer Katastrophe enden. Was im Großen gilt, gilt auch im Kleinen: Durch ständige Ausnahmen und Aushöhlung vorhandener Regeln gegen das Corona-Virus wird keine flächendeckende Bekämpfung möglich. Ähnliches gilt auch für den Flugplatz: Wenn man die unnötigen Flugverkehre (hier: Spaßflieger und UL-Gerät) nicht begrenzt, wird sich auch im Kleinen in Sachen Verringerung der Umwelt- und Lärmbelastungen nichts bewegen. Deswegen sind wir jetzt alle gefordert, endlich etwas zu tun, und nicht nur Klientelpolitik zu betreiben.

Vorstandsvorsitzender
Wolfgang Richter
Tel/Fax: 0391/4019292
Email: flugplatz2002@yahoo.de

www.bi-flugplatz-magdeburg.de
Bankverbindung: IBAN: DE34 8105 3272 0034 2403 21
BIC: NOLADE21MDG

In den letzten beiden Jahren haben vor allem die Ultra-Leichtflugzeuge den Süden Magdeburgs verlärm. Insbesondere in Mittagszeiten und an den Wochenenden, und natürlich auch an Feiertagen. Das Problem sind hier die Gyrokopter, die die Flugschulen benutzen.

Angezogen durch günstige Start- und Landegebühen – kommen Interessierte aus der ganzen Bundesrepublik nach Magdeburg, weil man hier billig und IMMER fliegen kann, da die Stadt keine Lärmschutzmaßnahmen für die Bevölkerung getroffen hat. Wenn also diese besagten Flugschulstunden stattfinden, dann geht es stundenlang über den Flugplatz, Start, Platzrunde Landeanflug, Durchstarten, wieder Höhe gewinnen bei Motorvollast und wieder zurück und wieder und wieder. Stundenlang. Häufig auch mit zwei Gyrokoptern, pro Minute also 30 Sekunden Vorbeiflug, beim Starten mit einem ohrenbetäubenden Geräusch.

In einer Bürgerversammlung haben die Betreiber der Flugschule erklärt, dass sie sich an die Beschränkungen halten werden, aber bestehende Regelungen bis zum Anschlag ausnutzen werden. Da es aber keine Beschränkungen oder Regelungen gibt, kommen an vielen Tagen der Woche die Anwohner rund um den Flugplatz nicht mehr zur Ruhe. Sie haben es sicher auch schon in vielen Leserzuschriften in der Magdeburger Volksstimme lesen können, wie die Bevölkerung genervt ist von diesem Lärm!

Ganz klar: uns geht es hier z.B. nicht um die Segelflieger oder Geschäftsfieger, die waren schon immer hier, und diese versuchen sogar auch, mit entsprechenden Maßnahmen den Lärm gering zu halten. Aber diese Gyrokopterflüge nehmen immer mehr zu.

Wann wollen Sie etwas tun, wenn nicht jetzt? Es kann nicht so weitergehen wie bisher, denn dieses Nichthandeln führte erst zu dieser Situation! Wir fordern von ihnen, für einige der lautesten Fluggeräte Flugverbote an Sonntagen und in den Mittagsstunden anzuordnen – so, wie es auch in einer adäquaten Lärmschutzverordnung an ähnlichen Flugplätzen besteht. Wenn Sie als Stadträte es nicht anordnen, werden noch mehr Fluggeräte der beschriebenen Art Magdeburg „heimsuchen“ und für die Magdeburger rund um den Flugplatz die Ruhezeiten zur Hölle machen. Denken Sie bitte auch daran, dass die Stadt beabsichtigt, in der Nähe des Flugplatzes neue Wohngebiete auszuweisen.

Die gewerblichen Flugverkehre sind mit der Ihnen vorliegenden Beschlussfassung übrigens fast überhaupt nicht betroffen! Das seit Jahrzehnte bediente Schreckgespenst der ausbleibender Unternehmensansiedlung und drohender Abwanderungen der Unternehmen hat sich bisher auch in keinem einzigen Fall bestätigt.

Und hier noch unsere Bewertung der eingangs angesprochenen Argumente in den Ausschüssen:

Der Bürgermeister Herr Zimmermann führt aus, dass sich die Lärmschutzverordnung von 1999 in Evaluierung befindet. Hier gibt es die Empfehlung des zuständigen Bundesministeriums, eine Abwägung der Verordnung vorzunehmen. Tatsächlich sei es so, dass eine Verschärfung der Verordnung vorgenommen werden soll und auch die Ultraleichtflieger Berücksichtigung finden.

Das kann kommen, muss aber nicht. Auch Herr Balzer (damaliger Stadtrat und Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafen GmbH) hat in seine Rede anlässlich des Ausbaubeschlusses des Flugplatzes Magdeburg auf irgendwelche kommenden Beschlüsse und Gesetze berufen und als Argumentation für den Ausbau angeführt, die kommen sollten und dann doch nie kamen.

Inbesondere macht er jedoch darauf aufmerksam, dass mit dem Gewerbegebiet „Euleberg“ der Landesplatz an Bedeutung gewinnen wird und bei der Ansiedlung für den Geschäftsverkehr eine große Rolle spielen.

Kann sein, hat aber mit dem Fluglärm von Spaßfliegern und UL-Verkehren absolut nichts zu tun. Die Geschäftsleute können gerne einfliegen, wann immer sie es wollen. Aber der Lärm durch den ständig stattfindenden UL-Verkehr an den Wochenenden und in den Mittagszeiten muss schnellstens aufhören!

Herr Rohne schließt sich der Stellungnahme der Verwaltung an. Er hat sich die Lärmkarte der Bürgerinitiative angesehen. Der rote Bereich hat keine Bebauung.

Die erste Lärmschutzkarte stammt aus den Unterlagen zum Planfeststellungsbeschluss von 1996. Damals gab es diese Verkehre überhaupt nicht, auch nicht die Art des Fluggeräts (Gyrokopter). Folglich konnten diese Verkehre auch überhaupt nicht berücksichtigt werden. In der zweiten Karte sieht man sehr wohl, dass größere Teile von Wohngebieten vom ausufernden Fluglärm durch den UL-Verkehr betroffen sind. Im übrigen: Durch den geplante Wohnbebauung nordöstlich des Flugplatzes wird sich weiteres Konfliktpotential ergeben. Diese Bereiche sind auch heute schon intensiv betroffen.

Herr Koch informiert, dass die Stadt vor der Ausschreibung jährlich 600 TEUR gezahlt hat. Jetzt sind es ca. 71 TEUR.

Wenn man die Mieten und Einnahmen von Gebäuden und Einrichtungen, die sich (wie vor der Verpachtung) im hohen sechsstelligen Beträgen bewegen, der Betreibergesellschaft „überlässt“, kommt man natürlich auf diese Zahlen. Zu diesen „überlassenden“ hunderttausenden Euro jährlich muss man auch noch die Personalkosten für die Flugaufsicht dazu addieren, die ebenfalls der Steuerzahler stemmt und hier überhaupt nicht aufgeführt werden.

Herr Kohl ist der Auffassung, dass jeder der dort hinzieht mit Lärm rechnen muss. Er folgt der Stellungnahme der Verwaltung.

Diese Begründung ist ein Freifahrtschein für jeden noch so intensiven Lärmverursacher und stellt die Interessen Weniger über die Interessen der Bürger.

Das Problem: Viele wohnen und wohnten schon dort, bevor der Lärm mit den UL's kam. Einem Anwohner an einer normalen Straße kann ja wohl auch nicht zugemutet werden, dass jetzt Rennsportinteressierte ihre Rennwagen testen lassen können, weil ja schon immer eine Straße da war. Wir sind uns sicher: Wenn Herr Kohl an einer solchen Straße wohnen würde, hätte er seine Meinung wahrscheinlich schon längst geändert.

Wenn – wie von der Stadtverwaltung in ihrer Stellungnahme genannten - 50.000 Euro der Preis für die im Antrag genannten Einschränkungen sind, dann sollte man nicht vergessen, dass die Stadt Magdeburg in den letzten Jahren Hunderttausende Euro in die Hand genommen hat, um einen neuen Hangar zu bauen, die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung jedes Jahr der Betreibergesellschaft überlässt (vor der Privatisierung Größenordnung im hohen sechsstelligen Bereich – jährlich!) und die öffentliche Hand auch weiterhin das Geld für die Sicherstellung von Personalkosten, Abschreibungen und Defizite bei der FMG bereitstellt. Da

sind 50.000 Euro weniger Einnahmen ganz sicher eine lohnende Investition in die Umwelt und den Lärmschutz für die betroffenen Bürger!

Wir bitten Sie daher, sich diesem Antrag nicht aus ideologischen Gründen zu verschließen und auch zu prüfen, inwieweit der nervende Fluglärm durch dieses neuartige Fluggerät bei der Verlängerung von Pachtverträgen durch klare Vorgaben seitens der Stadt Magdeburg vermieden werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Richter
Vorsitzender